ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wagner, Christian

Research Report

Am Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka: Neue politische Konstellationen, alte Herausforderungen

SWP-Aktuell, No. 8/2009

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Wagner, Christian (2009) : Am Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka: Neue politische Konstellationen, alte Herausforderungen, SWP-Aktuell, No. 8/2009, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254812

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Am Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka

Neue politische Konstellationen, alte Herausforderungen

Christian Wagner

Nachdem die srilankische Armee im Januar 2009 Kilinochchi eingenommen hat, die inoffizielle »Hauptstadt« der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), neigt sich der seit über zwanzig Jahren andauernde Bürgerkrieg dem Ende zu. Damit ist aber der zugrundeliegende Konflikt über die Frage der regionalen Autonomie der Tamilen noch nicht beigelegt. Mit dem Ende der militärischen Konfrontation wird diese Frage wieder zu einem Gegenstand parlamentarischer Auseinandersetzung. Vermutlich werden neue tamilische Parteien an die Stelle der LTTE treten. Der Schlüssel zu einer politischen Lösung liegt jedoch weiterhin auf Seiten der singhalesischen Volksparteien. Solange sie nicht zu politischen Kompromissen und entsprechenden Verfassungsänderungen bereit sind, wird es keine dauerhafte Lösung geben.

Der Konflikt zwischen der singhalesischen Mehrheit (ca. 74 Prozent der Bevölkerung) und der Minderheit der Sri-Lanka-Tamilen (ca. 13 Prozent der Bevölkerung) kreist seit der Unabhängigkeit 1948 um die Frage der politischen und kulturellen Autonomie für die tamilische Minderheit. Nationale Lösungsansätze scheiterten bislang an der Rivalität der beiden großen singhalesischen Volksparteien oder am außerparlamentarischen Widerstand buddhistisch-nationalistischer Gruppen. Internationale Vermittlungsbemühungen brachten bislang ebenfalls keine Erfolge. Das galt für Indiens Engagement zwischen 1987 und 1990 oder für die Bemühungen Norwegens nach 2000, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Der 2002 erzielte Waffenstillstand und die ab 2003 zugesagte umfangreiche internationale Unterstützung im Falle von Fortschritten im Friedensprozess führten ebenso wenig zu einer dauerhaften Annäherung der Konfliktparteien wie die Zusagen massiver internationaler Hilfsleistungen nach dem Tsunami 2004. Die Zahl der Bürgerkriegsopfer lag bereits in den neunziger Jahren bei mehr als 60 000 Toten und dürfte nach den Kämpfen der letzten Jahre mittlerweile auf deutlich über 100 000 gestiegen sein.

Die Niederlage der LTTE

Die Erfolge, die die srilankische Armee in den letzten Monaten verbuchen konnte, beenden einen der längsten und blutigsten Bürgerkriege in Asien auf eine Weise, wie dies bis dahin nicht für möglich gehalten

Dr. habil. Christian Wagner ist Leiter der Forschungsgruppe Asien

wurde: auf militärische. Dabei galt die LTTE lange Zeit als eine der erfolgreichsten und bestausgerüsteten Guerillaarmeen der Welt, mit eigener Marine, Luftflotte und Selbstmordattentätern. Sie finanzierte ihren militärischen Kampf durch legale Geschäfte, aber auch durch Waffen- und Drogenhandel, freiwillige und erzwungene Spenden der weltweiten tamilischen Diaspora. Die militärische Aufrüstung, der verstärkte Einsatz der Luftwaffe und eine veränderte Militärtaktik, bei der im Rahmen kommandoähnlicher Operationen gezielt mittlere Führungskader der LTTE ausgeschaltet wurden, verhalfen der srilankischen Armee zu einem Übergewicht.

Hinzu kamen eine Reihe von Fehlern und Versäumnissen auf Seiten der LTTE, die sich damit vermutlich in gewisser Weise auch selbst besiegt hat. Erstens hat es die LTTE nicht vermocht, ihre militärische Stärke, die sie 2003/2004 zweifellos besessen hatte, in politisches Kapital umzumünzen. Ihre Vorschläge zur Einrichtung einer Interim Self-Governing Authority (ISGA) vom Herbst 2003 galten vielen Beobachtern eher als Blaupause für einen unabhängigen Staat denn als Grundlage für Verhandlungen mit der Regierung. Das geringe Interesse der LTTE an einer politischen Verhandlungslösung zeigte sich auch bei der Präsidentenwahl im November 2005. Nachdem die LTTE zu einem Wahlboykott aufgerufen hatte, konnte Mahinda Rajapakse von der nationalistischen Sri Lanka Freedom Party (SLFP) einen knappen Sieg vor Ranil Wickremesinghe von der United National Party (UNP) erringen.

Zweitens hat die Abspaltung der Karuna-Gruppe 2004 die LTTE nachhaltig geschwächt. V. Muralitharan, genannt ›Karuna‹, ein erfolgreicher Kommandant der LTTE, sagte sich im März 2004 von der Organisation los. Er hatte für die Tamilen der Ostprovinz eine größere Mitsprache in den anstehenden Friedensgesprächen mit der Regierung gefordert. Diese Forderung wurde von der LTTE-Führung um Velupillai Prabhakaran zurückgewiesen, die traditionell die Tamilen des Nordens und der Region Jaffna repräsentiert. Im Unterschied zu früheren Abspaltungen, die von der LTTE stets gewaltsam bekämpft und niedergerungen worden waren, konnte sich Karuna behaupten und die LTTE im Osten in einen Guerillakrieg verwickeln. Der Verlust der Ostprovinz war für die LTTE nicht nur eine militärische, sondern auch eine schwere politische und ideologische Niederlage, weil sie damit ihren Anspruch auf Alleinvertretung der Tamilen verlor. Die Regierung hat zwar offiziell jede Zusammenarbeit mit Karuna bestritten, doch ist anzunehmen, dass die Sicherheitskräfte die Spaltung der LTTE ausgenutzt und Karuna im Kampf gegen die LTTE unterstützt haben.

Drittens hat sich die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Netzwerke terroristischer Organisationen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 deutlich verstärkt, wovon auch die LTTE betroffen war. Aufgrund der verbesserten militärischen Zusammenarbeit zwischen Indien und Sri Lanka wurde der Nachschub der LTTE deutlich eingeschränkt und ihre militärische Schlagkraft geschwächt. Der Tsunami im Dezember 2004 hat vermutlich auch Marine-Einheiten der LTTE zerstört und die Nachschubversorgung zusätzlich beeinträchtigt. Dies würde erklären, warum es seit der Aufkündigung des Waffenstillstands im Januar 2008 durch die Regierung – von einzelnen Attacken abgesehen – keine nennenswerten Angriffe der LTTE im Süden der Insel mehr gab. Immerhin hatte die LTTE zuvor bedeutende Ziele in Colombo wie das Hauptquartier der Armee oder die Zentralbank angegriffen. Hatte die LTTE 2006 noch ca. 15 000 km² auf der Insel kontrolliert, waren es im Februar 2009 nur noch weniger als 200 km², in denen die letzten LTTE-Kader sich im Schutz von 70 000 bis 80 000 Zivilisten verteidigten.

Demokratie, Bürgerkrieg und die Beilegung des Konflikts

Die militärische Eskalation der letzten Jahre hatte negative Folgen auch für die

srilankische Demokratie. Die Presse- und Berichterstattung über das Vorgehen der Armee war einer strikten Zensur unterworfen. Weder die offiziell vermeldeten militärischen Erfolge der Armee noch die Angaben über Opfer unter der Zivilbevölkerung oder die Menschenrechtsverletzungen konnten von unabhängigen Beobachtern überprüft werden. Das rücksichtslose Vorgehen der Armee gegen die Zivilbevölkerung rief wiederholt Proteste der internationalen Gemeinschaft und von Menschenrechtsorganisationen hervor, die jedoch regelmäßig von der Regierung als haltlos zurückgewiesen wurden. Die Ermordung von 17 einheimischen Mitarbeitern einer französischen Hilfsorganisation im August 2006 im Osten Sri Lankas führte zwar zur Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission, die jedoch bis heute keinen Abschlussbericht vorgelegt hat. Die Pressezensur gab zugleich nationalistischen Kreisen Auftrieb, die Attentate verübten und politische Morde an regierungskritischen Journalisten begingen, internationale Nichtregierungsorganisationen einschüchterten und ausländische Diplomaten bedrohten. Seit 2006 wurden ca. 50 Journalisten in Sri Lanka getötet. 2008 verschwanden allein im Raum Colombo ca. 150 Personen spurlos.

Das absehbare Ende des Bürgerkriegs sollte nicht nur die Aufhebung der Pressezensur befördern, sondern wird auch den demokratischen Prozess wieder in Gang setzen. Selbst wenn Teile der LTTE noch in den Dschungelgebieten des Nordostens weiterkämpfen, bietet die zunehmende territoriale Kontrolle der Regierung kaum noch Argumente, die Einschränkungen der Demokratie aufrechtzuerhalten. Ein neuer politischer Dialog zur Lösung des Konflikts ist mit den Landtagswahlen in der jahrelang umkämpften Ostprovinz bereits wieder aufgenommen worden. Vertreter der von Karuna gegründeten Tamil Eelam Makkal Viduthalai Pulikal (TMVP) übernahmen nach den Provinzratswahlen im Mai 2008 Posten in der neuen Landesregierung. Die Tamil National Alliance (TNA), die auf Druck der LTTE entstand, wird vermutlich wieder in kleinere tamilische Parteien zerfallen. Die LTTE, die früher konkurrierende Guerillagruppen und gemäßigte Politiker rücksichtslos ausgeschaltet hatte, um ihren Führungsanspruch zu behaupten, wurde Anfang Januar 2009 offiziell verboten und dürfte damit auf absehbare Zeit politisch keine Rolle mehr spielen. Die 2009 anstehenden Parlamentswahlen sowie die Provinzratswahl im Norden werden somit neue politische Konstellationen der Tamilen hervorbringen. Vermutlich werden die regionalen Differenzen zwischen den Tamilen wieder stärker hervortreten, was ihre Verhandlungsposition gegenüber den singhalesischen Parteien schwächen dürfte. Der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur im Norden und Osten des Landes wird neue politische Kontroversen über die Frage der Mittelverwendung mit sich bringen, die sowohl zwischen der Zentralregierung in Colombo und den tamilischen Parteien vor Ort als auch zwischen den tamilischen Parteien und Gruppierungen ausgetragen werden.

Mit dem nahen Ende des Bürgerkriegs wird der Konflikt um die Frage der regionalen Selbstverwaltung für die Tamilen, der seit der Unabhängigkeit 1948 im Zentrum der innenpolitischen Auseinandersetzungen steht, wieder zu einer parlamentarischen Angelegenheit. Ausgangspunkt für eine politische Lösung ist der indisch-srilankische Vertrag von 1987, dessen Regelungen mit dem 13. Verfassungszusatz die politische Struktur des Landes neu festlegten. Seit Mitte 2006 beriet die All Parties Representative Conference (APRC), an der auch kleinere muslimische und tamilische Parteien teilnahmen, über weitergehende Anregungen zur Veränderung der föderalen Struktur. Der im Januar 2008 vorgelegte Abschlussbericht enthielt eine Reihe von neuen Vorschlägen, unter anderem die Einrichtung einer zweiten Kammer als Vertretung der Provinzen oder die Abschaffung der konkurrierenden Gesetzgebung und des Präsidialsystems. Beim

Besuch des indischen Außenministers Mukherjee im Januar 2009 kündigte Präsident Rajapakse an, dass die angestrebte Lösung über die bisherigen Regelungen des 13. Verfassungszusatzes hinausgehen werde. Unklar ist allerdings, ob der Präsident auch die politischen Mehrheiten für die notwendigen Verfassungsänderungen finden wird. Die UNP und die Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) hatten die Verhandlungen im Rahmen der APRC unter Protest vorzeitig verlassen. Selbst wenn eine Verständigung mit der UNP als größter Oppositionspartei möglich erscheint, werden die JVP und ihr nahestehende buddhistisch-nationalistische Gruppen aus dem Süden des Landes versuchen, die erforderlichen parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheiten oder ein Referendum mit allen Mitteln zu verhindern. Sie hatten bereits 1987 einen zwei Jahre anhaltenden gewaltsamen Aufstand im Süden Sri Lankas gegen den indisch-srilankischen Vertrag entfacht.

Ausblick: Frieden in Sri Lanka?

Selbst wenn das Ende des Bürgerkriegs in greifbare Nähe gerückt ist: Der zugrundeliegende Konflikt um die Frage der regionalen Autonomie für die tamilische Minderheit im Norden und Osten des Landes ist noch längst nicht gelöst. Es gibt zwar vor allem auf tamilischer Seite neue Akteure, doch ist die grundlegende Herausforderung die alte geblieben: eine föderale Lösung zu finden. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse halten den Schlüssel hierzu weiterhin die großen singhalesischen Parteien in der Hand.

Die internationale Gemeinschaft wird im Wiederaufbau der völlig zerstörten Infrastruktur im Norden und Osten sowie bei der Stärkung der Demokratie neue Ansatzpunkte für ein Engagement finden. Im Zuge dessen können auch Anliegen wie der Schutz der Zivilbevölkerung und die Menschenrechtsverletzungen thematisiert werden. Die Demobilisierung der Armee sowie die Entwaffnung und Wiedereingliederung der Angehörigen paramilitärischer Gruppen sind weitere Herausforderungen, die Anlass zur einer Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit geben. Die Räumung der Minen in den vom Bürgerkrieg verwüsteten Gebieten muss vorangetrieben werden, damit die rund 500 000 Binnenflüchtlinge wieder in ihre Heimatregionen zurückkehren können. Die Pressezensur wird sich angesichts der abflauenden Kampfhandlungen nicht länger aufrechterhalten lassen. Ihre Aufhebung ist ein wichtiger Schritt, um die demokratischen Strukturen wieder zu stärken.

Bei der Wiederaufnahme des demokratischen Prozesses wird sich zeigen, ob die Konfliktparteien ihre Lehren aus dem Bürgerkrieg gezogen haben. Die Stunde des militärischen Erfolgs wäre der richtige Zeitpunkt für die Regierung in Colombo, den Tamilen politische Zugeständnisse an ihre regionale Selbstverwaltung zu machen. Seit über sechzig Jahren bildet der Streit um Fragen der Autonomie den Kern der innenpolitischen Auseinandersetzung. Sollte ein Entgegenkommen erneut an der Parteienkonkurrenz und dem Widerstand buddhistisch-nationalistischer Gruppen scheitern, hätte die Regierung ihren militärischen Erfolg verspielt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364